

Synopse / Vergleichsfassung

Satzung

des Ski-Club Emmendingen e.V.
79312 Emmendingen

Dieser Synopse können Sie die vorgeschlagenen Änderungen der Vereinssatzung (jeweils mit einer kurzen Erläuterung) entnehmen.

*Ergänzungsvorschläge sind **grün** hervorgehoben; Streichungsvorschläge sind **rot** hervorgehoben.*

Durch die Änderungen hat sich die Nummerierung teilweise geändert. Der Übersichtlichkeit wegen sind Umnummerierungen jedoch nicht gesondert ausgewiesen.

	Aktuelle Fassung mit Änderungsvorschlägen	Neue Fassung (Vorschlag des Vorstands)	Erläuterungen
§ 1	Name, Sitz, und Geschäftsjahr	Name, Sitz und Geschäftsjahr	
1.1	Der Verein trägt führt den Namen Ski-Club Emmendingen e.V. (SCE) .	Der Verein führt den Namen Ski-Club Emmendingen e.V. (SCE) .	<i>Die neue Formulierung beinhaltet keine inhaltliche Änderung.</i>
1.2	Er hat seinen Sitz in 79312 Emmendingen und ist in das Vereinsregister eingetragen.	Er hat seinen Sitz in Emmendingen und ist in das Vereinsregister eingetragen.	<i>Die neue Formulierung beinhaltet keine inhaltliche Änderung.</i>
1.3	Das Geschäftsjahr entspricht dem Kalenderjahr . des Vereins beginnt am 1. September und endet am 31. August. Das Geschäftsjahr der Emmendinger Hütte ist das Kalenderjahr.	Das Geschäftsjahr entspricht dem Kalenderjahr.	<i>Das Geschäftsjahr soll zur vereinfachten Rechnungslegung vereinheitlicht werden und nunmehr für den Verein und für die Emmendinger Hütte das Kalenderjahr sein.</i>

§ 2	Zweck und Aufgaben, Gemeinnützigkeit	Zweck und Aufgaben, Gemeinnützigkeit	
2.1	Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.	Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.	Die Formulierung entspricht der Mustersatzung für gemeinnützige Vereine nach § 60 Abgabenordnung.
2.2	Zweck des Vereins ist die Förderung des Sports, insbesondere des Wintersports im Sinne der Gemeinnützigkeitsverordnung vom 24.12.1953.	Zweck des Vereins ist die Förderung des Sports, insbesondere des Wintersports.	Die neue Formulierung beinhaltet keine inhaltliche Änderung.
2.3	<p>Der Satzungszweck wird insbesondere verwirklicht durch:</p> <p>Zu den Aufgaben des Vereins gehören insbesondere:</p> <ul style="list-style-type: none"> • die Betreuung aller skisporttreibenden Abteilungen, • Angebote von Veranstaltungen für Wettkampf- und Breitensportler aller Altersstufen und Interessengruppen. Dabei soll insbesondere den Jugendlichen die Möglichkeit geboten werden, ihre sportlichen Ambitionen zu qualifizieren und ihren Leistungsstand zu überprüfen, • die Unterhaltung der Emmendinger Hütte auf dem Feldberg und deren Nutzung für den 	<p>Der Satzungszweck wird insbesondere verwirklicht durch:</p> <ul style="list-style-type: none"> • die Betreuung aller skisporttreibenden Abteilungen, • Angebote von Veranstaltungen für Wettkampf- und Breitensportler aller Altersstufen und Interessengruppen. Dabei soll insbesondere den Jugendlichen die Möglichkeit geboten werden, ihre sportlichen Ambitionen zu qualifizieren und ihren Leistungsstand zu überprüfen, • die Unterhaltung der Emmendinger Hütte auf dem Feldberg und deren Nutzung für den Verein. 	<p>Die Formulierung entspricht der Mustersatzung für gemeinnützige Vereine nach § 60 Abgabenordnung.</p> <p>Die neue Formulierung beinhaltet jedoch keine inhaltliche Änderung.</p> <p>Der Passus wurde aus Ziffer 2.3 (alt) nach oben verschoben.</p>

	Verein zu gewährleisten .		
2.4	Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.	Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.	Die Formulierung entspricht der Mustersatzung für gemeinnützige Vereine nach § 60 Abgabenordnung.
2.5	Etwaige Gewinne Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Mitglieder auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln des Vereins. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.	Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Mitglieder auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln des Vereins. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.	Die Formulierung entspricht der Mustersatzung für gemeinnützige Vereine nach § 60 Abgabenordnung.
§ 3	Mitgliedschaft	Mitgliedschaft	
3.1	Mitglied des Vereins kann jede natürliche (und jede juristische) Person sowie Personengesellschaft sein.	Mitglied des Vereins kann jede natürliche (und jede juristische) Person sowie Personengesellschaft sein.	Es handelt sich um eine Klarstellung: Wenn juristische Personen (= Gesellschaften in der Rechtsform v.a. von Kapitalgesellschaften) Mitglied sein können, ist i.d.R. auch gewünscht, dass Personengesellschaften Mitglied sein können. Das betrifft z.B. die Mitgliedschaft von GmbH & Co. KGs.
3.2	Der Verein hat: besteht aus <ul style="list-style-type: none"> ordentliche Mitglieder, Jugendmitglieder (ab dem 7. Lebensjahr bis 	Der Verein hat: <ul style="list-style-type: none"> ordentliche Mitglieder, Jugendmitglieder (ab dem 7. Lebensjahr bis 	Die neue Formulierung beinhaltet keine inhaltliche Änderung.

	zur Vollendung des 18. Lebensjahres), • Ehrenmitgliedern n .	zur Vollendung des 18. Lebensjahres), • Ehrenmitglieder.	
3.3	Personen Mitglieder , welche sich um den Ski-Club Emmendingen e.V. in hervorragender Weise verdient gemacht haben, können vom Gesamt Vorstand zu Ehrenmitgliedern ernannt werden. Ehrenmitglieder bezahlen keinen Beitrag.	Personen, welche sich um den Ski-Club Emmendingen e.V. in hervorragender Weise verdient gemacht haben, können vom Vorstand zu Ehrenmitgliedern ernannt werden. Ehrenmitglieder bezahlen keinen Beitrag.	<i>Die neue Formulierung beinhaltet keine inhaltliche Änderung. Die Begrifflichkeiten („Gesamtvorstand“ / „Vorstand“ wurden bislang uneinheitlich verwendet und werden daher angepasst.</i>
3.4	Der Antrag zur Aufnahme in den Verein ist auf einem dafür vorgesehenen Vordruck schriftlich oder online beim Vorstand zu stellen; bei Minderjährigen ist die Zustimmung Unterschrift des gesetzlichen Vertreters erforderlich, die bis zum Widerruf durch den / die gesetzlichen Vertreter gleichzeitig als Zustimmung zur Wahrnehmung von Mitgliederrechten und -pflichten (insbesondere des Teilnahme- und Rederechts sowie des Wahlrechts in Bezug auf den Jugendvertreter) gilt.	Der Antrag zur Aufnahme in den Verein ist schriftlich oder online beim Vorstand zu stellen; bei Minderjährigen ist die Zustimmung des gesetzlichen Vertreters erforderlich, die bis zum Widerruf durch den / die gesetzlichen Vertreter gleichzeitig als Zustimmung zur Wahrnehmung von Mitgliederrechten und -pflichten (insbesondere des Teilnahme- und Rederechts sowie des Wahlrechts in Bezug auf den Jugendvertreter) gilt.	<i>Die Aufnahme als Mitglied sollte angesichts der technischen Entwicklung auch online erfolgen können. Das Aufnahmeverfahren für Jugendmitglieder soll vollständiger und klarer formuliert werden, sodass die Kompetenzen und deren Abgrenzung zwischen Jugendmitgliedern und ihren gesetzlichen Vertretern deutlicher geregelt sind.</i>
3.5	Über die Aufnahme von Mitgliedern entscheidet der Vorstand, der diese Aufgabe durch Beschluss jedoch auch auf einzelne oder mehrere Vorstandsmitglieder delegieren kann. Es besteht kein Anspruch auf Aufnahme als Mitglied ; die Aufnahme kann ohne Begründung abgelehnt werden.	Über die Aufnahme von Mitgliedern entscheidet der Vorstand, der diese Aufgabe durch Beschluss jedoch auch auf einzelne oder mehrere Vorstandsmitglieder delegieren kann. Es besteht kein Anspruch auf Aufnahme als Mitglied; die Aufnahme kann ohne Begründung abgelehnt werden.	<i>Die neue Formulierung beinhaltet keine inhaltliche Änderung.</i>

3.5	Die Mitgliedschaft beginnt mit der schriftlichen Bestätigung der Aufnahme durch den Vorstand. Gleichzeitig wird die von der Mitgliederversammlung festgesetzte Aufnahmegebühr fällig.	--	<p><i>Der Aufnahmezeitpunkt muss nicht zwingend in der Satzung geregelt sein.</i></p> <p><i>Die Fälligkeit von Beiträgen sollte in der Beitragsordnung geregelt werden.</i></p>
§ 4	Rechte und Pflichten der Mitglieder	Rechte und Pflichten der Mitglieder	
4.1	Mit der Aufnahme in den Verein erkennt das Mitglied die Satzung an; es verpflichtet sich, Satzungsregelungen und Beschlüsse der Vereinsorgane zu befolgen.	Mit der Aufnahme in den Verein erkennt das Mitglied die Satzung an; es verpflichtet sich, Satzungsregelungen und Beschlüsse der Vereinsorgane zu befolgen.	--
4.2	Jugendmitglieder haben kein Stimm- und Wahlrecht, ausgenommen für die Wahl des Jugendleitersvertreters. Sie sind jedoch berechtigt, an der Mitgliederversammlung teilzunehmen und das Wort zu ergreifen.	Jugendmitglieder haben kein Stimm- und Wahlrecht, ausgenommen für die Wahl des Jugendvertreters. Sie sind jedoch berechtigt, an der Mitgliederversammlung teilzunehmen und das Wort zu ergreifen.	<p><i>Die neue Formulierung beinhaltet keine inhaltliche Änderung.</i></p> <p><i>Die Begrifflichkeiten („Jugendleiter“ / „Jugendvertreter“ wurden bislang uneinheitlich verwendet und werden daher angepasst.</i></p>
4.3	Ehrenmitglieder haben alle Rechte ordentlicher Mitglieder.	Ehrenmitglieder haben alle Rechte ordentlicher Mitglieder.	--
4.4	Der Verein und die Mitglieder seiner Organe haften nicht für die aus der Zweckerfüllung des Vereins entstehenden Gefahren oder Schäden. Für die Haftung des Vereins und seiner Mitglieder gelten die gesetzlichen Vorschriften, insbesondere § 31b BGB.	Für die Haftung des Vereins und seiner Mitglieder gelten die gesetzlichen Vorschriften, insbesondere § 31b BGB.	<i>Es handelt sich um einen klarstellenden Verweis auf die gesetzliche Regelung. Die vollständige Haftungsfreistellung nach der bisherigen Regelung ist unzulässig.</i>

4.5	<p>Mitgliedsbeiträge, (Aufnahme-)Gebühren und Umlagen werden von der Mitgliederversammlung festgelegt. In begründeten Fällen kann der Vorstand Beiträge oder Gebühren ganz oder teilweise erlassen, reduzieren oder stunden. Mitgliedsbeiträge werden im Bankeinzugsverfahren eingezogen, dies ist im Aufnahmeantrag geregelt. Mitglieder, die den Beitrag über den Schluss des Geschäftsjahres hinaus nicht entrichtet haben, werden gemahnt. Nach zweimaliger erfolgloser Mahnung können sie auf durch Beschluss des Vorstandes aus dem Verein ausgeschlossen werden. Die Mitgliederversammlung kann Einzelheiten in einer Beitragsordnung regeln.</p>	<p>Mitgliedsbeiträge, (Aufnahme-)Gebühren und Umlagen werden von der Mitgliederversammlung festgelegt. In begründeten Fällen kann der Vorstand Beiträge oder Gebühren ganz oder teilweise erlassen, reduzieren oder stunden. Mitgliedsbeiträge werden im Bankeinzugsverfahren eingezogen, dies ist im Aufnahmeantrag geregelt. Mitglieder, die den Beitrag über den Schluss des Geschäftsjahres hinaus nicht entrichtet haben, werden gemahnt. Nach zweimaliger erfolgloser Mahnung können sie durch Beschluss des Vorstandes aus dem Verein ausgeschlossen werden. Die Mitgliederversammlung kann Einzelheiten in einer Beitragsordnung regeln.</p>	<p><i>Die neue Formulierung beinhaltet keine inhaltliche Änderung.</i></p> <p><i>Es handelt sich um eine Klarstellung, dass von der Mitgliederversammlung eine Beitragsordnung erlassen werden kann. Diese könnte zukünftig einfacher geändert werden als die Satzung (u.a. keine Eintragung ins Vereinsregister erforderlich).</i></p>
§ 5	Verlust der Mitgliedschaft	Verlust der Mitgliedschaft	
5.1	<p>Die Mitgliedschaft erlischt</p> <ul style="list-style-type: none"> durch Tod (bei natürlichen Personen) und Auflösung / Verlust der Rechtsfähigkeit (bei juristischen Personen und Personengesellschaften), durch Austritt und / oder durch Ausschluss aus dem Verein. <p>Verpflichtungen dem Verein gegenüber sind bis einschließlich zum Ablauf des zum Zeitpunkt des</p>	<p>Die Mitgliedschaft erlischt</p> <ul style="list-style-type: none"> durch Tod (bei natürlichen Personen) und Auflösung / Verlust der Rechtsfähigkeit (bei juristischen Personen und Personengesellschaften), durch Austritt und / oder durch Ausschluss aus dem Verein. <p>Verpflichtungen dem Verein gegenüber sind bis einschließlich zum Ablauf des zum Zeitpunkt des</p>	<p><i>Die neue Formulierung zu den Ausscheidensgründen beinhaltet keine inhaltliche Änderung. Es handelt sich um eine Klarstellung.</i></p> <p><i>Eine Verfallklausel (bislang am Ende der Regelung) ist in der bisherigen Pauschalität (= alle Ansprüche erlöschen bei Ausscheiden) unzulässig. Soweit Ansprüche (z.B. auf Zahlung von Aufwendungsersatz o.Ä.) beim Ausscheiden entstanden sind, bleiben diese nach dem Ausscheiden bestehen.</i></p>

	Erlöschens der Mitgliedschaft laufenden Geschäftsjahres zu erfüllen. Mit der Beendigung der Mitgliedschaft erlöschen alle Ansprüche an den Verein.	Erlöschens der Mitgliedschaft laufenden Geschäftsjahres zu erfüllen.	
5.2	Der Austritt erfolgt durch schriftliche Erklärung in Textform, die dem Vereinsvorsitzenden zugehen muss ; dabei ist eine Frist von drei 3-Monaten zum Ablauf des Geschäftsjahres einzuhalten; sofern kein wichtiger Grund für den Austritt vorliegt. Das Austrittsgesuch ist an den Ersten Vorsitzenden, bei seiner Verhinderung an den Zweiten Vorsitzenden zu richten, die darüber die anderen Vorstandsmitglieder unverzüglich zu informieren haben.	Der Austritt erfolgt durch Erklärung in Textform; dabei ist eine Frist von drei Monaten zum Ablauf des Geschäftsjahres einzuhalten, sofern kein wichtiger Grund für den Austritt vorliegt. Das Austrittsgesuch ist an den Ersten Vorsitzenden, bei seiner Verhinderung an den Zweiten Vorsitzenden zu richten, die darüber die anderen Vorstandsmitglieder unverzüglich zu informieren haben.	<i>Die neue Formulierung beinhaltet keine inhaltliche Änderung. Das Verfahren zum Ausschluss von Mitgliedern wird zur besseren Verständlichkeit lediglich klarer geregelt.</i>
5.3	Der Ausschluss eines Mitglieds kann nur erfolgen, wenn dafür ein wichtiger Grund vorliegt. Er ergeht durch Beschluss des Vorstandes in einer Vorstandssitzung, bei der ; an der Beschlussfassung müssen mindestens zwei Drittel der Vorstandsmitglieder mitwirken. anwesend sein müssen. Ausschließungsgründe sind insbesondere: <ul style="list-style-type: none">• grober Verstoß gegen die Satzung oder gegen Beschlüsse des Vereins und seiner Organe,• schwere Schädigung des Ansehens des	Der Ausschluss eines Mitglieds kann nur erfolgen, wenn dafür ein wichtiger Grund vorliegt. Er ergeht durch Beschluss des Vorstands; an der Beschlussfassung müssen mindestens zwei Drittel der Vorstandsmitglieder mitwirken. Ausschließungsgründe sind insbesondere: <ul style="list-style-type: none">• grober Verstoß gegen die Satzung oder Beschlüsse des Vereins und seiner Organe,• schwere Schädigung des Ansehens des Vereins, insbesondere durch unehrenhaftes Verhalten innerhalb oder außerhalb des	<i>Die neue Formulierung beinhaltet keine inhaltliche Änderung. Nach Zulassung von Umlaufverfahren o.Ä. im Vorstand ist lediglich die Formulierung („anwesend sein“) anzupassen.</i>

	<p>Vereins, insbesondere durch unehrenhaftes Verhalten innerhalb oder außerhalb des Vereins,</p> <ul style="list-style-type: none"> • unehrenhaftes Verhalten innerhalb oder außerhalb des Vereins • Nichtzahlung des fälligen Beitrages trotz zweimaliger schriftlicher Mahnung. <p>Vor der Beschlussfassung über den Ausschluss ist dem betroffenen Mitglied Gelegenheit zu geben, sich zu äußern. Gegen die Entscheidung des Vorstandes kann das Mitglied innerhalb von 14 Tagen, nachdem es Kenntnis von dem Beschluss erhalten hat, Berufung an die nächste ordentliche Mitgliederversammlung einlegen. Diese entscheidet endgültig. Bis dahin ruht die Mitgliedschaft.</p>	<p>Vereins,</p> <ul style="list-style-type: none"> • Nichtzahlung des fälligen Beitrages trotz zweimaliger schriftlicher Mahnung. <p>Vor der Beschlussfassung über den Ausschluss ist dem betroffenen Mitglied Gelegenheit zu geben, sich zu äußern. Gegen die Entscheidung des Vorstandes kann das Mitglied innerhalb von 14 Tagen, nachdem es Kenntnis von dem Beschluss erhalten hat, Berufung an die nächste ordentliche Mitgliederversammlung einlegen. Diese entscheidet endgültig. Bis dahin ruht die Mitgliedschaft.</p>	
§ 6	Organe des Vereins SCE	Organe des Vereins	
6.1	<p>Organe des Vereins sind</p> <ul style="list-style-type: none"> • zwingend: die Mitgliederversammlung, • zwingend: der Vorstand mit seinen Untergliederungen, • fakultativ: der Ältestenrat. 	<p>Organe des Vereins sind</p> <ul style="list-style-type: none"> • zwingend: die Mitgliederversammlung, • zwingend: der Vorstand mit seinen Untergliederungen, • fakultativ: der Ältestenrat. 	<p><i>Die neue Formulierung beinhaltet keine inhaltliche Änderung. Die Organstruktur wird zur besseren Verständlichkeit lediglich klarer geregelt und in einer übersichtlichen Regelung zusammengeführt.</i></p>

6.2	Der Verein hat außerdem Kassenprüfer.	Der Verein hat außerdem Kassenprüfer.	<i>Die neue Formulierung beinhaltet keine inhaltliche Änderung. Die Organstruktur wird zur besseren Verständlichkeit lediglich klarer geregelt und in einer übersichtlichen Regelung zusammengeführt.</i>
§ 7	Mitgliederversammlung	Mitgliederversammlung	
7.1	Die Mitgliederversammlung besteht aus den anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern des Vereins. Die Einberufung erfolgt durch den Ersten Vorsitzenden schriftlich, und zwar mindestens zwei Wochen vorher mit Bekanntgabe der Tagesordnung. Diese wird vom Vorstand festgesetzt.	Die Mitgliederversammlung besteht aus den Mitgliedern des Vereins.	<i>Die bisherige Regelung ist missverständlich: Die Mitgliederversammlung als Organ des Vereins besteht aus allen Mitgliedern, nicht nur den anwesenden Mitgliedern.</i>
7.2	Eine ordentliche Mitgliederversammlung muss mindestens einmal im Jahr einberufen werden. Auf Beschluss des Vorstands, der mit einfacher Mehrheit der erschienenen Vorstandsmitglieder getroffen wird, ist eine außerordentliche Mitgliederversammlung einzuberufen. Die findet auch statt; dies gilt entsprechend , wenn mindestens 10% der stimmberechtigten Mitglieder in Textform schriftlich einen Antrag auf Durchführung einer außerordentlichen Mitgliederversammlung stellen.	Eine ordentliche Mitgliederversammlung muss mindestens einmal im Jahr einberufen werden. Auf Beschluss des Vorstands ist eine außerordentliche Mitgliederversammlung einzuberufen; dies gilt entsprechend, wenn mindestens 10% der stimmberechtigten Mitglieder in Textform einen Antrag auf Durchführung einer außerordentlichen Mitgliederversammlung stellen.	<i>Das Verfahren zur Einberufung und Durchführung von Mitgliederversammlungen soll klarer geregelt werden. Die Regelungen sind bislang uneinheitlich und sollen in der neuen Satzung übersichtlicher zusammengeführt werden.</i>
7.3	Die Einberufung der Mitgliederversammlung erfolgt durch den Ersten Vorsitzenden schriftlich, und zwar mit einer Frist von mindestens zwei Wochen mit Bekanntgabe der Tagesordnung; das	Die Einberufung der Mitgliederversammlung erfolgt durch den Ersten Vorsitzenden schriftlich mit einer Frist von mindestens zwei Wochen; das Schriftformerfordernis wird dabei auch bei der	<i>Zur einfacheren Einberufung von Mitgliederversammlungen soll die Einberufung per E-Mail möglich sein, soweit dem Verein eine E-Mail-Adresse</i>

	Schriftformerfordernis wird dabei auch bei der Einladung per E-Mail gewahrt. Die Einladung zur Mitgliederversammlung gilt als zugegangen, wenn sie (i) beim Versand per E-Mail an die letzte vom Mitglied bekannt gegebene E-Mail-Adresse bzw. (ii) bei Fehlen einer solchen an die letzte vom Mitglied bekannt gegebene Postadresse abgesandt worden ist.	Einladung per E-Mail gewahrt. Die Einladung zur Mitgliederversammlung gilt als zugegangen, wenn sie (i) beim Versand per E-Mail an die letzte vom Mitglied bekannt gegebene E-Mail-Adresse bzw. (ii) bei Fehlen einer solchen an die letzte vom Mitglied bekannt gegebene Postadresse abgesandt worden ist.	mitgeteilt worden ist. Im Übrigen erfolgen Einladungen weiterhin per Post.
7.4	... mit Bekanntgabe der Tagesordnung. Diese wird vom Vorstand festgesetzt. Mit der Einladung ist die Tagesordnung bekannt zu geben. Etwaige Ergänzungsanträge zur Tagesordnung sind spätestens eine Woche vor der Versammlung bei dem Ersten Vorsitzenden, bei seiner Verhinderung bei dem Zweiten Vorsitzenden, schriftlich oder per E-Mail einzureichen; der Vorstand ist in diesem Fall berechtigt, die ergänzten Tagesordnungspunkte erst in der Mitgliederversammlung als Tischvorlage zu stellen.	Mit der Einladung ist die Tagesordnung bekannt zu geben. Etwaige Ergänzungsanträge zur Tagesordnung sind spätestens eine Woche vor der Versammlung bei dem Ersten Vorsitzenden, bei seiner Verhinderung bei dem Zweiten Vorsitzenden, schriftlich oder per E-Mail einzureichen; der Vorstand ist in diesem Fall berechtigt, die ergänzten Tagesordnungspunkte erst in der Mitgliederversammlung als Tischvorlage zu stellen.	Die neue Formulierung beinhaltet keine inhaltliche Änderung. Das Vorgehen hinsichtlich der Tagesordnung und geltenden Fristen werden zur besseren Verständlichkeit lediglich klarer geregelt.
7.5	Die Mitgliederversammlung soll grundsätzlich als Präsenzversammlung stattfinden. Der Vorstand kann in geeigneten Ausnahmefällen beschließen, dass die Mitgliederversammlung im Wege einer virtuellen Versammlung oder einer hybriden Versammlung (Kombination von virtueller Versammlung, Umlaufverfahren und / oder Präsenzversammlung) stattfindet oder Beschlüsse im Wege	Die Mitgliederversammlung soll grundsätzlich als Präsenzversammlung stattfinden. Der Vorstand kann in geeigneten Ausnahmefällen beschließen, dass die Mitgliederversammlung im Wege einer virtuellen Versammlung oder einer hybriden Versammlung (Kombination von virtueller Versammlung, Umlaufverfahren und / oder Präsenzversammlung) stattfindet oder Beschlüsse im Wege	Es soll die Möglichkeit alternativer Beschlussfassungen in der Mitgliederversammlung geschaffen werden. Die Präsenzversammlung bleibt aber der Regelfall.

	der Stimmabgabe in Schrift- oder Textform (Umlaufverfahren) gefasst werden. In diesem Fall hat der Vorstand dafür zu sorgen, dass für die Beschlussfassungen ausreichende technische Möglichkeiten bestehen.	der Stimmabgabe in Schrift- oder Textform (Umlaufverfahren) gefasst werden. In diesem Fall hat der Vorstand dafür zu sorgen, dass für die Beschlussfassungen ausreichende technische Möglichkeiten bestehen.	
7.6	Die Leitung der Mitgliederversammlung obliegt dem Ersten Vorsitzenden, bei dessen Verhinderung dem stellvertretenden Vorsitzenden. Auf Vorschlag des Vorstands kann die Sitzungsleitung einem anderen Mitglied übertragen werden.	Die Leitung der Mitgliederversammlung obliegt dem Ersten Vorsitzenden, bei dessen Verhinderung dem stellvertretenden Vorsitzenden. Auf Vorschlag des Vorstands kann die Sitzungsleitung einem anderen Mitglied übertragen werden.	<i>Die neue Formulierung beinhaltet keine inhaltliche Änderung.</i>
7.7	Der Verlauf der Mitgliederversammlung und die Beschlüsse der Mitgliederversammlung werden vom Schriftführer protokolliert und von diesem und dem Versammlungsleiter unterzeichnet.	Der Verlauf der Mitgliederversammlung und die Beschlüsse der Mitgliederversammlung werden vom Schriftführer protokolliert und von diesem und dem Versammlungsleiter unterzeichnet.	<i>Die neue Formulierung beinhaltet keine inhaltliche Änderung.</i>
§ 8	Zuständigkeit der Mitgliederversammlung	Zuständigkeit der Mitgliederversammlung	
8.1	Die Mitgliederversammlung ist das höchste Organ des Vereins.	Die Mitgliederversammlung ist das höchste Organ des Vereins.	<i>Die neue Formulierung beinhaltet keine inhaltliche Änderung. Es handelt sich um eine klarstellende Regelung.</i>
8.1 8.2	Der Beschlussfassung durch die Mitgliederversammlung unterliegen obliegen insbesondere: <ul style="list-style-type: none"> Entgegennahme und Genehmigung der Geschäftsberichte und der Jahresabrechnungen über das vergangene Geschäftsjahr und des Berichts der Kassenprüfer und 	Der Beschlussfassung durch die Mitgliederversammlung obliegen insbesondere: <ul style="list-style-type: none"> Entgegennahme und Genehmigung der Geschäftsberichte und der Jahresabrechnungen über das vergangene Geschäftsjahr 	<i>Die neue Formulierung beinhaltet keine inhaltliche Änderung. Es handelt sich um eine klarstellende und zusammenführende Regelung.</i>

	<p>Entlastung des Vorstands</p> <ul style="list-style-type: none"> • Wahl des Vorstands Bestellung, Abberufung und Entlastung von Vorstandsmitgliedern und Abschluss von Verträgen mit Vorstandsmitgliedern • Bestätigung des Vereinsjugendleiters • Festsetzung von Mitgliedsbeiträgen, Umlagen und (Aufnahme-)Gebühren • Wahl der Kassenprüfer • Wahl des Ältestenrats • Berufung gegen den Ausschluss aus dem Verein • Satzungsänderungen • Angelegenheiten, die vom Vorstand zur Beratung vorgeschlagen werden und Ergänzungsanträge von Mitgliedern zur Tagesordnung • Anträge ordentlicher Mitglieder • Auflösung des Vereins 	<p>und des Berichts der Kassenprüfer</p> <ul style="list-style-type: none"> • Bestellung, Abberufung und Entlastung von Vorstandsmitgliedern und Abschluss von Verträgen mit Vorstandsmitgliedern • Bestätigung des Jugendleiters • Festsetzung von Mitgliedsbeiträgen, Umlagen und (Aufnahme-)Gebühren • Wahl der Kassenprüfer • Wahl des Ältestenrats • Berufung gegen den Ausschluss aus dem Verein • Satzungsänderungen • Angelegenheiten, die vom Vorstand zur Beratung vorgeschlagen werden und Ergänzungsanträge von Mitgliedern zur Tagesordnung • Auflösung des Vereins 	
--	--	---	--

§ 9	Beschlüsse und Wahlen	Beschlüsse und Wahlen	
9.1	Eine ordnungsgemäß einberufene Mitgliederversammlung ist stets beschlussfähig. wenn mindestens 30 stimmberechtigte Mitglieder, darunter mindestens 5 Vorstandsmitglieder, unter ihnen der Erste oder Zweite Vorsitzende, anwesend sind.	Eine ordnungsgemäß einberufene Mitgliederversammlung ist stets beschlussfähig.	<i>Um dauerhaft eine effiziente Beschlussfassung der Mitgliederversammlung sicherzustellen, soll das – bislang sehr hohe – Quorum für die Beschlussfähigkeit heruntergesetzt werden. Eine ordnungsgemäß einberufene Mitgliederversammlung soll stets beschlussfähig sein.</i>
9.2	Die Beschlüsse der Mitgliederversammlung werden mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst, sofern in diese Satzung nichts anderes regelt . Bei Stimmengleichheit ist ein Antrag abgelehnt. Stimmenthaltungen werden nicht gezählt.	Die Beschlüsse der Mitgliederversammlung werden mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst, sofern diese Satzung nichts anderes regelt. Bei Stimmengleichheit ist ein Antrag abgelehnt. Stimmenthaltungen werden nicht gezählt.	<i>Die neue Formulierung beinhaltet keine inhaltliche Änderung.</i>
9.3	Jedes Mitglied hat eine Stimme. Jugendmitglieder haben, mit Ausnahme der in dieser Satzung geregelten Fälle (v.a. bei der Wahl des Jugendvertreters) kein Stimmrecht.	Jedes Mitglied hat eine Stimme. Jugendmitglieder haben, mit Ausnahme der in dieser Satzung geregelten Fälle (v.a. bei der Wahl des Jugendvertreters) kein Stimmrecht.	<i>Die neue Formulierung beinhaltet keine inhaltliche Änderung.</i>
9.4	Die Abstimmung erfolgt offen, sofern nicht die Mehrheit der anwesenden bzw. vertretenen Mitglieder geheime Abstimmung wünscht. Wahlen können in der Form der offenen Abstimmung erfolgen, sofern alle anwesenden Mitglieder einverstanden sind.	Die Abstimmung erfolgt offen, sofern nicht die Mehrheit der anwesenden bzw. vertretenen Mitglieder geheime Abstimmung wünscht. Wahlen können in der Form der offenen Abstimmung erfolgen, sofern alle anwesenden Mitglieder einverstanden sind.	<i>Die neue Formulierung beinhaltet keine inhaltliche Änderung.</i>

9.5	Das Stimmrecht kann nur persönlich ausgeübt werden, eine Übertragung ist ausgeschlossen. Jedes Mitglied kann sich durch ein anderes Mitglied auf Grundlage einer schriftlichen Vollmacht vertreten lassen. Untervollmachten sind ausgeschlossen. Vertreter dürfen nicht mehr als zwei Vollmachtgeber gleichzeitig vertreten.	Jedes Mitglied kann sich durch ein anderes Mitglied auf Grundlage einer schriftlichen Vollmacht vertreten lassen. Untervollmachten sind ausgeschlossen. Vertreter dürfen nicht mehr als zwei Vollmachtgeber gleichzeitig vertreten.	<i>Mitglieder sollen einander in der Mitgliederversammlung vertreten können. Um Stimmungleichgewichte zu vermeiden, soll jedoch eine Höchstzahl für Vollmachten festgelegt werden (= nicht mehr als zwei Vollmachtgeber auf ein Mitglied).</i>
§ 10	Der Vorstand Außerordentliche Mitgliederversammlung	Der Vorstand	<i>Die bisherigen Regelungen zum Vorstand sind unübersichtlich, hinsichtlich der Begrifflichkeiten uneinheitlich und missverständlich. Begrifflichkeiten, Kompetenzen und Verfahrensfragen sollten deswegen zukünftig einheitlicher und klarer geregelt werden. Die Zusammensetzung des Vorstands soll flexibler gehandhabt werden können und dadurch zukunftsfähiger werden. Die nachfolgenden Regelungen sollen daher umfassend neu formuliert werden.</i>
10.1	Dem Vorstand obliegt die Vereinsleitung, die Vertretung des Vereins und die Erledigung sämtlicher Vereinsgeschäfte, soweit sie nicht der Beschlussfassung durch die Mitgliederversammlung oder anderen Vereinsorganen vorbehalten sind. Als Teil des Vorstands entscheidet die Hüttenkommission über die Angelegenheiten der Emmendinger Hütte auf dem Feldberg grundsätzlich eigenständig; der Grundsatz der Gesamtverantwortung im Vorstand bleibt davon unberührt. Der	Dem Vorstand obliegt die Vereinsleitung, die Vertretung des Vereins und die Erledigung sämtlicher Vereinsgeschäfte, soweit sie nicht der Beschlussfassung durch die Mitgliederversammlung oder anderen Vereinsorganen vorbehalten sind. Als Teil des Vorstands entscheidet die Hüttenkommission über die Angelegenheiten der Emmendinger Hütte auf dem Feldberg grundsätzlich eigenständig; der Grundsatz der	<i>Die neue Formulierung beinhaltet keine inhaltliche Änderung. Es wird lediglich klargestellt, dass die Emmendinger Hütte ein eigener Geschäftsbereich (im Rahmen der Gesamtverantwortung des Vorstands) ist.</i>

	Hüttenkommission obliegt die Verwaltung der Em-mendinger Hütte auf dem	Gesamtverantwortung im Vorstand bleibt davon unberührt.	
10.2	Der Vorstand hat mindestens ein Mitglied. Es gibt keine Höchstzahl für die Anzahl der Vorstandsmitglieder. Es sollen im Regelfall mindestens vier Vorstandsmitglieder bestellt sein, die die Positionen des vertretungsberechtigten Vorstands nach § 26 BGB bekleiden.	Der Vorstand hat mindestens ein Mitglied. Es gibt keine Höchstzahl für die Anzahl der Vorstandsmitglieder. Es sollen im Regelfall mindestens vier Vorstandsmitglieder bestellt sein, die die Positionen des vertretungsberechtigten Vorstands nach § 26 BGB bekleiden.	<i>Um eine Handlungsfähigkeit des Vorstands auch für die Zukunft sicherzustellen, soll die Zusammensetzung flexibler gehandhabt werden können. Auf diese Weise kann den Umständen des Einzelfalls Rechnung getragen werden (u.a. Anzahl und Kompetenzen der sich zur Wahl stellenden Personen). Kleine Vorstandsteams sind dann ebenso möglich wie größere Vorstandsteams (wie bisher). Die Kompetenzen und Funktionsbezeichnungen der Vorstandsmitglieder sollen klarer geregelt werden. Solange genügend Personen zur Übernahme der Ämter bereit sind, kann auch nach der vorgeschlagenen Neuregelung die derzeitige Struktur beibehalten werden.</i>
10.3	<p>Der Vorstand ist ein Gesamtvorstand, in dem die folgenden Untergliederungen bestehen:</p> <ul style="list-style-type: none"> vertretungsberechtigter Vorstand i.S.d. § 26 BGB: Erster Vorsitzende Zweiter Vorsitzende Kassier Schriftführer erweiterter Vorstand: Jugendleiter Leiter Skischule Pressewart weitere Mitglieder / Beisitzer Hüttenkommission: Erster Vorsitzender der Hüttenkommission Zweiter Vorsitzende der Hüttenkommission 	<p>Der Vorstand ist ein Gesamtvorstand, in dem die folgenden Untergliederungen bestehen:</p> <ul style="list-style-type: none"> vertretungsberechtigter Vorstand i.S.d. § 26 BGB: Erster Vorsitzende Zweiter Vorsitzende Kassier Schriftführer erweiterter Vorstand: Jugendleiter Leiter Skischule Pressewart weitere Mitglieder / Beisitzer Hüttenkommission: Erster Vorsitzender der Hüttenkommission Zweiter Vorsitzende der Hüttenkommission 	

	<p>die aus dem vertretungsberechtigten Vorstand entsandten Mitglieder der Hüttenkommission, d.h. der Erste Vorsitzende und der Zweite Vorsitzende weitere Mitglieder / Beisitzer</p> <p>Im Regelfall sollen die Positionen durch unterschiedliche Personen besetzt werden. In begründeten Fällen dürfen Vorstandsmitglieder jedoch mehrere Positionen bekleiden (z.B. zugleich Leiter Skischule und Beisitzer in der Hüttenkommission sein).</p> <p>Der Erste Vorsitzende und der Zweite Vorsitzende sind abweichend davon stets Teil des vertretungsberechtigten Vorstands und der Hüttenkommission; sie können dort auch zugleich die Position als Erster bzw. Zweiter Vorsitzender der Hüttenkommission bekleiden.Der Vorstand ist ehrenamtlich tätig. Er setzt sich zusammen aus dem</p> <p>Ersten Vorsitzenden Zweiten Vorsitzenden</p> <ul style="list-style-type: none"> • Kassier • Schriftführer • Jugendleiter • Sportwart alpin • Sportwart nordisch • Leiter Skischule • Tourenwart 	<p>die aus dem vertretungsberechtigten Vorstand entsandten Mitglieder der Hüttenkommission, d.h. der Erste Vorsitzende und der Zweite Vorsitzende weitere Mitglieder / Beisitzer</p> <p>Im Regelfall sollen die Positionen durch unterschiedliche Personen besetzt werden. In begründeten Fällen dürfen Vorstandsmitglieder jedoch mehrere Positionen bekleiden (z.B. zugleich Leiter Skischule und Beisitzer in der Hüttenkommission sein).</p> <p>Der Erste Vorsitzende und der Zweite Vorsitzende sind abweichend davon stets Teil des vertretungsberechtigten Vorstands und der Hüttenkommission; sie können dort auch zugleich die Position als Erster bzw. Zweiter Vorsitzender der Hüttenkommission bekleiden.</p>	
--	--	---	--

	<ul style="list-style-type: none"> • Pressewart • den Beisitzern • den Mitgliedern der Hüttenkommission <p>Die Hüttenkommission bilden der Erste Vorsitzende der Hüttenkommission</p> <p>Zweite Vorsitzende der Hüttenkommission</p> <ul style="list-style-type: none"> • Erste Vorsitzende des SCE • Zweite Vorsitzende des SCE • die Beisitzer 		
10.4	Der Vorstand ist grundsätzlich ehrenamtlich tätig. Nachgewiesene Auslagen werden jedoch auf Antrag erstattet. Die Mitgliederversammlung kann beschließen, dass den Vorstandsmitgliedern für ihre Tätigkeit eine angemessene Vergütung oder ein angemessenes Sitzungsgeld gezahlt wird.	Der Vorstand ist grundsätzlich ehrenamtlich tätig. Nachgewiesene Auslagen werden jedoch auf Antrag erstattet. Die Mitgliederversammlung kann beschließen, dass den Vorstandsmitgliedern für ihre Tätigkeit eine angemessene Vergütung oder ein angemessenes Sitzungsgeld gezahlt wird.	<i>Vorstandsmitglieder haben bereits nach der gesetzlichen Regelung einen Anspruch auf Auslagenersatz. Die Möglichkeit zur Zahlung von Sitzungsgeldern oder sonstigen Vergütung soll ergänzt werden; die Entscheidung darüber liegt stets bei der Mitgliederversammlung.</i>
10.5	Für die Haftung der Vorstandsmitglieder gelten die gesetzlichen Vorschriften, insbesondere § 31a BGB. Solange sie ehrenamtlich tätig sind, haften sie somit nur für Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit.	Für die Haftung der Vorstandsmitglieder gelten die gesetzlichen Vorschriften, insbesondere § 31a BGB. Solange sie ehrenamtlich tätig sind, haften sie somit nur für Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit.	<i>Es handelt sich um eine klarstellende Regelung der ohnehin geltenden gesetzlichen Regelung.</i>
§ 11	Vorstandsbeschlüsse, Vorstandssitzungen	Vorstandsbeschlüsse, Vorstandssitzungen	
11.1	Der Vorstand fasst seine Beschlüsse im Allgemeinen in Vorstandssitzungen als Präsenzversammlung. Ein Vorstandsbeschluss kann darüber hinaus hybrid, auf schriftlichem oder fernmündlichem	Der Vorstand fasst seine Beschlüsse im Allgemeinen in Vorstandssitzungen als Präsenzversammlung. Ein Vorstandsbeschluss kann darüber hinaus hybrid, auf schriftlichem oder	<i>Es soll die Möglichkeit alternativer Beschlussfassungen geschaffen werden. Die Präsenzversammlung bleibt aber der Regelfall.</i>

	Wege gefasst werden, wenn alle Vorstandsmitglieder sich mit dieser Form der Beschlussfassung einverstanden erklären.	fernmündlichem Wege gefasst werden, wenn alle Vorstandsmitglieder sich mit dieser Form der Beschlussfassung einverstanden erklären.	
11.2	Der Erste Vorsitzende, im Fall seiner Verhinderung in seiner Vertretung der Zweite Vorsitzende, lädt unter Angabe der Tagesordnung mit einer Frist von mindestens einer Woche schriftlich an gemessener Frist zu Vorstandssitzungen ein; die Einladung per E-Mail wahrt die Schriftform. Eine Vorstandssitzung ist einzuberufen, wenn mehr als die Hälfte der mindestens 5 Vorstandsmitglieder dies unter Angabe von Gründen beantrag ten . Mindestens 6 Vorstandssitzungen sind pro Geschäftsjahr abzuhalten.	Der Erste Vorsitzende, im Fall seiner Verhinderung der Zweite Vorsitzende, lädt unter Angabe der Tagesordnung mit einer Frist von mindestens einer Woche schriftlich zu Vorstandssitzungen ein; die Einladung per E-Mail wahrt die Schriftform. Eine Vorstandssitzung ist einzuberufen, wenn mehr als die Hälfte der Vorstandsmitglieder dies unter Angabe von Gründen beantragt. Mindestens 6 Vorstandssitzungen sind pro Geschäftsjahr abzuhalten.	Die Form- und Fristerfordernisse sollen zur Vermeidung von Missverständnissen ausdrücklich geregelt werden. Es handelt sich im Übrigen lediglich um Klarstellungen ohne inhaltliche Änderungen.
11.3	Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Vorstandsmitglieder anwesend ist. Er fasst seine Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen der Erschienenen . Bei Stimmengleichheit ist ein Antrag abgelehnt. Stimmenthaltungen werden nicht gezählt.	Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Vorstandsmitglieder anwesend ist. Er fasst seine Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Bei Stimmengleichheit ist ein Antrag abgelehnt. Stimmenthaltungen werden nicht gezählt.	Es handelt sich um eine klarstellende Regelung ohne inhaltliche Änderung.
11.4	Über Vorstandsbeschlüsse ist ein Protokoll zu fertigen, das vom Sitzungsleiter zu unterzeichnen ist.	Über Vorstandsbeschlüsse ist ein Protokoll zu fertigen, das vom Sitzungsleiter zu unterzeichnen ist.	--
11.5	Der Vorsitzende kann zu den Sitzungen weitere Personen einladen, wenn er dies für die zu	Der Vorsitzende kann zu den Sitzungen weitere Personen einladen, wenn er dies für die zu	--

	entscheidenden Punkte für zweckmäßig erachtet. Diesen Personen steht kein Stimmrecht zu.	entscheidenden Punkte für zweckmäßig erachtet. Diesen Personen steht kein Stimmrecht zu.	
§ 12	Wahl des Vorstands, Amtsdauer	Wahl des Vorstands, Amtsdauer	
12.1	Der Vorstand wird durch die Mitgliederversammlung auf zwei Jahre gewählt. Vorstandsmitglieder bleiben im Amt bis zur Wahl eines neuen Vorstandsmitglieds. Die Mitgliederversammlung entscheidet dabei auch über die Anzahl der Vorstandsmitglieder und die Besetzung der einzelnen Positionen. Eine (auch mehrfache) Wiederwahl von Vorstandsmitgliedern ist möglich.	Der Vorstand wird durch die Mitgliederversammlung auf zwei Jahre gewählt. Die Mitgliederversammlung entscheidet dabei auch über die Anzahl der Vorstandsmitglieder und die Besetzung der einzelnen Positionen. Eine (auch mehrfache) Wiederwahl von Vorstandsmitgliedern ist möglich.	<i>Wie oben: Die Besetzung des Vorstands soll zukünftig flexibel gehandhabt werden können. Der Vorstand soll insbesondere auch dann handlungsfähig sein, wenn sich weniger Personen / kleinere Teams zur Übernahme eines Vorstandsamtes bereit erklären.</i>
12.2	Der Erste Vorsitzende und der Zweite Vorsitzende sind in getrennten Wahlgängen zu wählen. Die anderen Vorstandsmitglieder können in einem Wahlgang gemeinsam gewählt werden.	Der Erste Vorsitzende und der Zweite Vorsitzende sind in getrennten Wahlgängen zu wählen. Die anderen Vorstandsmitglieder können in einem Wahlgang gemeinsam gewählt werden.	--
12.3	Das Vorstandsamt endet in den folgenden Fällen: <ul style="list-style-type: none"> • bei Tod des Vorstandsmitglieds, • bei Neubesetzung der Position nach Ablauf der Amtszeit, • bei Abberufung durch die Mitgliederversammlung, • bei Amtsniederlegung. 	Das Vorstandsamt endet in den folgenden Fällen: <ul style="list-style-type: none"> • bei Tod des Vorstandsmitglieds, • bei Neubesetzung der Position nach Ablauf der Amtszeit, • bei Abberufung durch die Mitgliederversammlung, • bei Amtsniederlegung. 	<i>Es handelt sich um eine klarstellende Regelung ohne inhaltliche Änderung.</i>

12.4	Vorstandsmitglieder bleiben trotz Ablauf ihrer Amtszeit im Amt bis zur Wahl eines Nachfolgers neuen Vorstandsmitglieds im Amt.	Vorstandsmitglieder bleiben trotz Ablauf ihrer Amtszeit bis zur Wahl eines Nachfolgers im Amt.	<i>Es handelt sich um eine klarstellende Regelung ohne inhaltliche Änderung.</i>
12.5	Jedes Vorstandsmitglied kann sein Amt durch schriftliche Erklärung gegenüber jedem Mitglied des vertretungsberechtigten Vorstands, das die anderen Vorstandsmitglieder darüber unverzüglich zu informieren hat, mit einer Frist von vier Wochen oder bei Vorliegen eines wichtigen Grundes mit sofortiger Wirkung niederlegen.	Jedes Vorstandsmitglied kann sein Amt durch schriftliche Erklärung gegenüber jedem Mitglied des vertretungsberechtigten Vorstands, das die anderen Vorstandsmitglieder darüber unverzüglich zu informieren hat, mit einer Frist von vier Wochen oder bei Vorliegen eines wichtigen Grundes mit sofortiger Wirkung niederlegen.	<i>Es handelt sich um eine klarstellende Regelung ohne inhaltliche Änderung; die Amtsniederlegung ist auch jetzt schon ohne ausdrückliche Satzungsregelung möglich.</i>
§ 13	Nachwahl	Nachwahl	
13.1	Scheidet ein Vorstandsmitglied vor Ablauf der Amtszeit aus, so ist der Vorstand befugt, einen Nachfolger bis zur Beendigung der Amtszeit zu bestimmen wählen (Koooption).	Scheidet ein Vorstandsmitglied vor Ablauf der Amtszeit aus, so ist der Vorstand befugt, einen Nachfolger bis zur Beendigung der Amtszeit zu wählen (Koooption).	<i>Es handelt sich um eine klarstellende Regelung ohne inhaltliche Änderung.</i>
13.2	Scheiden der Erste Vorsitzende oder Zweite Vorsitzende aus, so hat innerhalb von 6-sechs Monaten eine außerordentliche Mitgliederversammlung stattzufinden, in der eine Nachwahl für den Rest der Amtszeit durchgeführt wird. Dasselbe gilt, wenn mehr als die Hälfte der Vorstandsmitglieder ausgeschieden sind, unabhängig davon, ob eine Nachwahl stattgefunden hat.	Scheiden der Erste Vorsitzende oder Zweite Vorsitzende aus, so hat innerhalb von sechs Monaten eine außerordentliche Mitgliederversammlung stattzufinden, in der eine Nachwahl für den Rest der Amtszeit durchgeführt wird. Dasselbe gilt, wenn mehr als die Hälfte der Vorstandsmitglieder ausgeschieden sind, unabhängig davon, ob eine Nachwahl stattgefunden hat.	<i>Es handelt sich um eine klarstellende Regelung ohne inhaltliche Änderung.</i>
§ 14	Gesetzliche Vertretung	Vertretung	

14.1	<p>Zur gerichtlichen und außergerichtlichen Vertretung des Vereins im Sinne des § 26 BGB sind die Mitglieder des vertretungsberechtigten Vorstands wie folgt berechtigt:</p> <ul style="list-style-type: none"> • der Erste Vorsitzende stets einzeln allein, • der Zweite Vorsitzende jeweils gemeinsam mit dem Kassier oder Schriftführer. 	<p>Zur gerichtlichen und außergerichtlichen Vertretung des Vereins im Sinne des § 26 BGB sind die Mitglieder des vertretungsberechtigten Vorstands wie folgt berechtigt:</p> <ul style="list-style-type: none"> • der Erste Vorsitzende stets einzeln, • der Zweite Vorsitzende jeweils gemeinsam mit dem Kassier oder Schriftführer. 	<p><i>Es handelt sich um eine klarstellende Regelung ohne inhaltliche Änderung. Die Begrifflichkeiten werden angepasst (man spricht von Einzelvertretungsbefugnis, nicht Alleinvertretungsbefugnis).</i></p>
14.2	<p>Ist nur ein Vorstandsmitglied des vertretungsberechtigten Vorstands bestellt, vertritt dieses den Verein – unabhängig von seiner Position – stets allein.</p>	<p>Ist nur ein Vorstandsmitglied des vertretungsberechtigten Vorstands bestellt, vertritt dieses den Verein – unabhängig von seiner Position – stets allein.</p>	<p><i>Sollte nur ein Vorstandsmitglied existieren, muss dieses den Verein allein vertreten können. Ansonsten droht die Handlungsunfähigkeit. Es handelt sich um eine wichtige Auffangregelung.</i></p>
14.3	<p>Die Mitgliederversammlung kann über die vorstehenden Regelungen hinaus über die Vertretungsbefugnisse der Mitglieder des vertretungsberechtigten Vorstands wie folgt entscheiden:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Sie kann Mitgliedern des vertretungsberechtigten Vorstands Einzelvertretungsbefugnis erteilen, d.h. beschließen, dass über den Ersten Vorsitzenden hinaus weitere Mitglieder des vertretungsberechtigten Vorstands befugt sind, den Verein stets einzeln zu vertreten. • Sie kann Mitglieder des vertretungsberechtigten Vorstands eine weitergehende 	<p>Die Mitgliederversammlung kann über die vorstehenden Regelungen hinaus über die Vertretungsbefugnisse der Mitglieder des vertretungsberechtigten Vorstands wie folgt entscheiden:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Sie kann Mitgliedern des vertretungsberechtigten Vorstands Einzelvertretungsbefugnis erteilen, d.h. beschließen, dass über den Ersten Vorsitzenden hinaus weitere Mitglieder des vertretungsberechtigten Vorstands befugt sind, den Verein stets einzeln zu vertreten. 	<p><i>In geeigneten Fällen soll es die Mitgliederversammlung in der Hand haben, die Befugnisse für Vorstandsmitglieder „maßgeschneidert“ zu gestalten.</i></p>

	<p>Gesamtvertretungsbefugnis erteilen, d.h. beschließen, dass auch der Kassier und der Schriftführer gemeinschaftlich vertretungsberechtigt sind.</p> <ul style="list-style-type: none"> Sie kann Befreiung von den Beschränkungen des §181 BGB erteilen, d.h. beschließen, dass Mitglieder des vertretungsberechtigten Vorstands den Verein (i) bei Geschäften mit sich selbst oder (ii) bei Geschäften mit einem Dritten, den das Mitglied des vertretungsberechtigten Vorstands ebenfalls vertritt, vertreten kann. 	<ul style="list-style-type: none"> Sie kann Mitglieder des vertretungsberechtigten Vorstands eine weitergehende Gesamtvertretungsbefugnis erteilen, d.h. beschließen, dass auch der Kassier und der Schriftführer gemeinschaftlich vertretungsberechtigt sind. Sie kann Befreiung von den Beschränkungen des §181 BGB erteilen, d.h. beschließen, dass Mitglieder des vertretungsberechtigten Vorstands den Verein (i) bei Geschäften mit sich selbst oder (ii) bei Geschäften mit einem Dritten, den das Mitglied des vertretungsberechtigten Vorstands ebenfalls vertritt, vertreten kann. 	
§ 15	Vereinsjugend	Vereinsjugend	
15.1	<p>Die Jugendmitglieder haben ein Recht zur Selbstverwaltung im Rahmen dieser Satzung.</p> <p>1. Allgemeine Grundsätze</p> <p>Die Jugend führt und verwaltet sich in Zusammenarbeit mit dem Vereinsvorstand selbst.</p> <p>Die Jugend wirtschaftet selbständig und eigenverantwortlich über die ihr vom Verein zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel sowie über Zuschüsse und Spenden, die direkt der Vereinsjugend gewährt werden. Sie ist</p>	<p>Die Jugendmitglieder haben ein Recht zur Selbstverwaltung im Rahmen dieser Satzung.</p>	<p><i>Es handelt sich im Grundsatz um eine klarstellende Regelung ohne inhaltliche Änderung. Die bislang nicht umgesetzte Jugendordnung innerhalb der Satzung soll aber gestrichen und die Organisation der Vereinsjugend dadurch flexibilisiert werden. Eine Jugendordnung kann jederzeit als Nebenordnung zur Satzung erlassen werden, wenn Bedarf besteht.</i></p>

	<p>eigenverantwortlicher Empfänger der Zuschüsse für jugendpflegerische Maßnahmen.</p> <p>2. Mitgliedschaft Jugendliche im Sinne dieser Ordnung sind alle Mitglieder des SCE ab dem 7. Lebensjahr bis zum vollendeten 18. Lebensjahr.</p>		
15.2	<p>3. Aufgaben Aufgaben der Jugendabteilung sind insbesondere:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ausbildung im Skisport allgemein (Ski Alpin, Nordisch, Snowboard uws usw.) • Durchführung von Rennveranstaltungen • Planung und Durchführung von Skifreizeiten und allgemeinen Freizeitveranstaltungen • Bereitstellung geeigneter sportlicher Betätigungsformen für Jugendliche die nicht an Rennen teilnehmen • Kontakte zu anderen Jugendorganisationen <p>4. Organe Organe der Vereinsjugend sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> • die Jugendversammlung • der Jugendvertreter oder die Jugendvertreterin 	<p>Aufgaben der Jugendabteilung sind insbesondere:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ausbildung im Skisport allgemein (Ski Alpin, Nordisch, Snowboard usw.) • Durchführung von Rennveranstaltungen • Planung und Durchführung von Skifreizeiten und allgemeinen Freizeitveranstaltungen • Bereitstellung geeigneter sportlicher Betätigungsformen für Jugendliche die nicht an Rennen teilnehmen • Kontakte zu anderen Jugendorganisationen <p>Der Jugendabteilung können dafür eigene finanzielle Mittel zugewiesen werden, die als Jugendkasse vom Jugendvertreter verwaltet werden.</p>	

	<p>Der Jugendabteilung können dafür eigene finanzielle Mittel zugewiesen werden, die als Jugendkasse vom Jugendvertreter verwaltet werden.</p> <p>7. Jugendkasse Die finanziellen Mittel werden über die Jugendkasse vom Jugendvertreter verwaltet. Es ist ein Nachweis über die Verwendung der Mittel zu führen. Dem Kassenswart des Vereins gegenüber ist der Jugendvertreter rechenschaftspflichtig; ihm ist jederzeit Einblick in die Nachweisführung zu geben. 8. Sonstige Bestimmungen Sofern in der Jugendordnung keine besonderen Regelungen enthalten sind, gelten jeweils die Bestimmungen der Vereinssatzung.</p>		
15.3	<p>Die Jugendmitglieder wählen im Rahmen der Mitgliederversammlung einen Jugendvertreter. Jugendmitglieder ab dem 16. Lebensjahr sind selbst stimm- und wahlberechtigt, solange ihre gesetzlichen Vertreter diese Berechtigung nicht widerrufen haben. Die Wahl ist von der Mitgliederversammlung zu bestätigen.</p> <p>5. Jugendversammlung Die Jugendversammlung kann jederzeit vom Jugendvertreter einberufen werden; sie ist jährlich</p>	<p>Die Jugendmitglieder wählen im Rahmen der Mitgliederversammlung einen Jugendvertreter. Jugendmitglieder ab dem 16. Lebensjahr sind selbst stimm- und wahlberechtigt, solange ihre gesetzlichen Vertreter diese Berechtigung nicht widerrufen haben. Die Wahl ist von der Mitgliederversammlung zu bestätigen.</p>	

	<p>einmal vor der Mitgliederhauptversammlung des Vereins einzuberufen.</p> <p>Aufgaben der Jugendversammlung sind unter anderem:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Festlegung der Vorhaben der Jugendlichen • Bericht des Jugendvertreters über durchgeführte Maßnahmen und über die Jugendkasse • Entlastung des Jugendvertreters • Wahl des Jugendvertreters/der Jugendvertreterin <p>6. Jugendvertreter</p> <p>Der Jugendvertreter hat die nach dieser Ordnung vorgesehenen Aufgaben und die von der Jugendversammlung festgelegten Vorhaben zu erledigen; er kann sich hierzu eines Jugendausschusses bedienen.</p>		
15.4	<p>Die Jugendmitglieder können sich eine Jugendordnung geben und darin die Details der Jugendarbeit regeln, sind dazu jedoch nicht verpflichtet. Jugendmitglieder ab dem 16. Lebensjahr sind dabei selbst stimm- und wahlberechtigt, solange ihre gesetzlichen Vertreter diese Berechtigung nicht widerrufen haben.</p> <p>9. Gültigkeit / Änderung der Jugendordnung</p> <p>Die Jugendordnung bzw. Änderungen müssen von der Jugendversammlung mit einer Mehrheit von zwei Drittel der anwesenden,</p>	<p>Die Jugendmitglieder können sich eine Jugendordnung geben und darin die Details der Jugendarbeit regeln, sind dazu jedoch nicht verpflichtet. Jugendmitglieder ab dem 16. Lebensjahr sind dabei selbst stimm- und wahlberechtigt, solange ihre gesetzlichen Vertreter diese Berechtigung nicht widerrufen haben.</p>	

	stimmberechtigten Jugendlichen beschlossen und anschließend von der Mitgliederhauptversammlung des Vereins bestätigt werden.		
§ 16	Die Kassenprüfer	Die Kassenprüfer	
16.1	<p>Die Mitgliederversammlung wählt für jeweils zwei Geschäftsjahre zwei Kassenprüfer.</p> <p>Die Mitgliederversammlung wählt auf die Dauer der Wahl des Vorstandes</p> <ul style="list-style-type: none"> • zwei Kassenprüfer für die Club-Angelegenheiten • zwei Kassenprüfer für die Emmendinger Hütte, Feldberg 	Die Mitgliederversammlung wählt für jeweils zwei Geschäftsjahre zwei Kassenprüfer.	<i>Es handelt sich um eine klarstellende Regelung ohne inhaltliche Änderung.</i>
16.2	Diese Die Kassenprüfer dürfen dem Vorstand nicht angehören.	Die Kassenprüfer dürfen dem Vorstand nicht angehören.	<i>Es handelt sich um eine klarstellende Regelung ohne inhaltliche Änderung.</i>
16.3	Die Kassenprüfer prüfen die Ordnungsmäßigkeit der Buchführung und der Belege, und zwar jeweils für den Verein insgesamt und für die Emmendinger Hütte, sachlich und rechnerisch und bestätigen dies durch ihre Unterschrift. Sie legen der Mitgliederversammlung hierüber einen Bericht vor. Kassenprüfer haben das Recht, die Kasse und alle dazugehörenden Unterlagen jederzeit zu überprüfen. Sie haben dem Vorstand schriftlich Kenntnis vom jeweiligen Ergebnis ihrer Prüfungen zu geben.	Die Kassenprüfer prüfen die Ordnungsmäßigkeit der Buchführung und der Belege, und zwar jeweils für den Verein insgesamt und für die Emmendinger Hütte, sachlich und rechnerisch und bestätigen dies durch ihre Unterschrift. Sie legen der Mitgliederversammlung hierüber einen Bericht vor. Kassenprüfer haben das Recht, die Kasse und alle dazugehörenden Unterlagen jederzeit zu überprüfen. Sie haben dem Vorstand schriftlich Kenntnis vom jeweiligen Ergebnis ihrer Prüfungen zu geben.	<i>Es handelt sich um eine klarstellende Regelung ohne inhaltliche Änderung.</i>

§ 17	Der Ältestenrat	Der Ältestenrat	
17.1	Der Verein soll einen Ältestenrat haben.	Der Verein soll einen Ältestenrat haben.	<i>Es handelt sich um eine klarstellende Regelung ohne inhaltliche Änderung.</i>
17.2	Der Ältestenrat besteht aus drei Clubm -Mitgliedern, die nicht dem Vorstand angehören . Die Mitglieder des Ältestenrats dürfen nicht dem Vorstand angehören.	Der Ältestenrat besteht aus drei Mitgliedern. Die Mitglieder des Ältestenrats dürfen nicht dem Vorstand angehören.	<i>Es handelt sich um eine klarstellende Regelung ohne inhaltliche Änderung.</i>
17.3	...und die von der Mitgliederversammlung mit Die Mitglieder des Ältestenrats werden von der Mitgliederversammlung und dem Vorstand auf die Dauer von zwei Jahren gewählt werden . Eine (auch mehrfache) Wiederwahl ist möglich.	Die Mitglieder des Ältestenrats werden von der Mitgliederversammlung und dem Vorstand auf die Dauer von zwei Jahren gewählt. Eine (auch mehrfache) Wiederwahl ist möglich.	<i>Es handelt sich um eine klarstellende Regelung ohne inhaltliche Änderung.</i>
17.4	Er Der Ältestenrat wählt sich seinen Vorsitzenden und ggf. einen Stellvertreter und gibt sich seine Geschäftsordnung selbst.	Der Ältestenrat wählt seinen Vorsitzenden und ggf. einen Stellvertreter und gibt sich seine Geschäftsordnung selbst.	<i>Es handelt sich um eine klarstellende Regelung ohne inhaltliche Änderung.</i>
17.5	Der Ältestenrat hat die Aufgabe, auf Anruf des Vorstandes bei Vergehen, Verfehlungen, Differenzen und ähnlichen Vorfällen zusammenzutreten, die betreffenden Angelegenheiten zu untersuchen und das Ergebnis dem Vorstand zur Entscheidung vorzulegen.	Der Ältestenrat hat die Aufgabe, auf Anruf des Vorstandes bei Vergehen, Verfehlungen, Differenzen und ähnlichen Vorfällen zusammenzutreten, die betreffenden Angelegenheiten zu untersuchen und das Ergebnis dem Vorstand zur Entscheidung vorzulegen.	--
§ 18	Satzungsänderungen	Satzungsänderungen	

18.1	Satzungsänderungen können nur in einer Mitgliederversammlung in der Form einer Präsenzversammlung beschlossen werden. Zu dieser Mitgliederversammlung ist mit einer Frist von einem Monat einzuladen	Satzungsänderungen können nur in einer Mitgliederversammlung in der Form einer Präsenzversammlung beschlossen werden. Zu dieser Mitgliederversammlung ist mit einer Frist von einem Monat einzuladen.	Die Formalia für Satzungsänderungen sollen klar gestellt werden. Wegen der Bedeutung von Satzungsänderungen sollen strengere Anforderungen gelten als an normale Mitgliederversammlungen.
18.2	Beschlüsse über Satzungsänderungen erfordern die Zustimmung von zwei Dritteln der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder.	Beschlüsse über Satzungsänderungen erfordern die Zustimmung von zwei Dritteln der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder.	Es handelt sich um eine klarstellende Regelung ohne inhaltliche Änderung.
§ 19	Auflösung des Vereins	Auflösung des Vereins	
19.1	Die Auflösung des Vereins kann nur von in einer außerordentlichen Mitgliederversammlung in Form einer Präsenzversammlung beschlossen werden. die zu diesem Zweck zusammentritt. Zu dieser Mitgliederversammlung ist mit einer Frist von einem Monat schriftlich einzuladen.	Die Auflösung des Vereins kann nur in einer Mitgliederversammlung in der Form einer Präsenzversammlung beschlossen werden. Zu dieser Mitgliederversammlung ist mit einer Frist von einem Monat einzuladen.	Die Formalia für die Auflösung des Vereins sollen klargestellt werden. Wegen der Bedeutung der Auflösung des Vereins sollen strengere Anforderungen gelten als an normale Mitgliederversammlungen.
19.1 19.2	Der Beschluss über die Auflösung des Vereins bedarf der Mehrheit von drei Vierteln der erschiedenen anwesenden bzw. vertretenen stimmberechtigten Mitglieder.	Der Beschluss über die Auflösung des Vereins bedarf der Mehrheit von drei Vierteln der anwesenden bzw. vertretenen stimmberechtigten Mitglieder.	Es handelt sich um eine klarstellende Regelung ohne inhaltliche Änderung.
19.2 19.3	Das Clubvermögen ist nach Bei Auflösung des Vereins oder Wegfall steuerbegünstigter Zwecke Clubs, ohne dass ein Mitglied als solches irgendwelche Ansprüche daran erheben könnte, fällt das Vermögen des Vereins je zur Hälfte an die der Stadt Emmendingen und den Landkreis der	Bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen des Vereins je zur Hälfte an die Stadt Emmendingen und den Landkreis Emmendingen zur Förderung des Sportes und der Jugend.	Die Formulierung entspricht der Mustersatzung für gemeinnützige Vereine nach § 60 Abgabenordnung.

	Kreisverwaltung Emmendingen zur der Förderung des Sports und der Jugend der Jugendpflege und den Leibesübungen dienenden Zwecken zu übertragen.		
§ 20	Inkrafttreten der Satzung		
20.1	Die Satzung tritt mit ihrem Beschluss in der Mitgliederversammlung vom 12. November 1999 in Kraft. Mit dieser Neufassung erlöschen alle früheren satzungsmäßigen Bestimmungen.	--	<i>Die Regelung ist überholt.</i>